

BürgerKlub-Tirol
im Tiroler Landtag
Eduard Wallnöfer Platz 3
A-6020 Innsbruck

Tel.: 0043-512-508-3122
fritz.gurgiser@buergerklub-tirol.at
thomas.schnitzer@buergerklub-tirol.at
www.buergerklub-tirol.at



DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Bürgerklub-Tirol** der Abgeordneten **Fritz Gurgiser** und **Thomas Schnitzer**

betreffend: **Evaluierung der Tiroler Straßenbauprojekte**

Der **Bürgerklub Tirol** und die unterzeichnenden Abgeordneten stellen den

DRINGLICHEN ANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird angesichts der eigenen Vorgabe, wonach in den nächsten Jahren 621 Millionen € ‚eingespart‘ werden sollen, aufgefordert, das Tiroler Straßenbauprogramm nach den Leitlinien des Rechnungshofes (Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit) sowie zusätzlich auf die hohe regionale Beschäftigungswirksamkeit analog der Bundesregierung (ÖBB- und ASFINAG Bau- und Rahmenprogramme durch Finanzminister Josef Pröll und Verkehrsministerin Doris Bures) zu evaluieren.

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Finanzausschuss**, Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten zugewiesen werden.

Begründung:

Die Landespolitik steht wie die Bundespolitik vor dem Dilemma, dass die „Einnahmen aus Steuermitteln sinken, während die Ausgaben aus Steuermitteln steigen“. Das wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern. Daher gibt es nur zwei Möglichkeiten, diese Situation zu verändern: Man kann den Schuldenstand mit **„sittenwidrigen Verträgen zu Lasten der nächsten Generationen“** weiter erhöhen, was strikt abzulehnen ist.

Niemand in der Politik hat das Recht, die ohnedies schwierige IST-Situation und Zukunft der nächsten Generationen mit einem „immer schwerer werdenden Schuldenrucksack“ derart zu belasten, dass ihnen jeder finanzielle Spiel- und Handlungsraum genommen bzw. massiv eingeschränkt wird.

Wenn schon „Sommer-Schüler-Freifahrten“ angeblich nicht mehr finanzierbar sind¹, dann ist erst recht bei Millionen-Ausgaben die „Schulden-Notbremse“ zu ziehen.

Die andere Möglichkeit, die wir forcieren und um Unterstützung aller Fraktionen im Tiroler Landtag in unserer gemeinsamen Verpflichtung gegenüber der nächsten Generationen ersuchen, ist die, in der Ausgabe von Steuergeld eine **ZEITENWENDE** einzuleiten und **Steuergeld nach den Leitlinien des Rechnungshofes** sowie in Bezug auf eine **hohe regionale Beschäftigungswirksamkeit zu investieren**.

Der Straßenbau heute weist im Vergleich mit anderen Investitionen der öffentlichen Hand bspw. in Altbausanierung, Dorferneuerung, Energiemaßnahmen, Öffentlichem Personenverkehr, Wohn- und Siedlungsbau etc. nur mehr den geringsten Beschäftigungsgrad und geringste Rückflüsse an Steuern, Abgaben und Leistungen an Gebietskörperschaften auf. Ebenso ist zu bedenken, dass Tirol anders als zur Nachkriegszeit über eine **sehr dichtes Autobahn-, Bundes-, Landes- und Gemeindestraßennetz** verfügt. Die Herausforderung lautet daher nicht mehr zusätzlicher Straßenbau, sondern **„effiziente Nutzung dieses Straßennetzes“** vor allem auch durch einen „leistbaren, kunden- und bedarfsorientierten Öffentlichen Personenverkehr“. Die Evaluierung des Tiroler Straßenbauprogramms scheint uns daher angemessen, die **Dringlichkeit ergibt sich aus der Budgetlage**.

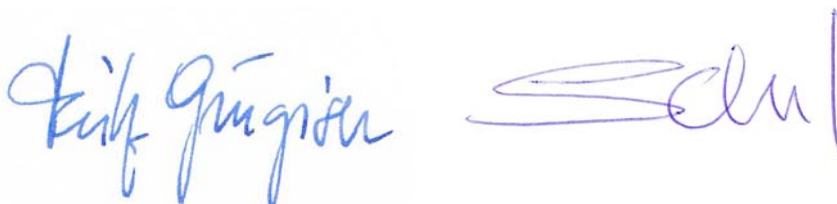
„Jeder Cent und jeder Euro Steuergeld, der in die beschäftigungsintensive Regionalwirtschaft fließt, kommt vielfach zurück, stärkt den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort Tirol und ist ein Beitrag auf dem Weg zum familienfreundlichsten Bundesland“, deshalb bitten wir, diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung zu geben.

Kosten: Evaluierungskosten bspw. durch den RH bzw. Sachverständigen

Nutzen: Vermeidung neuer Schulden zu Lasten der nächsten Generation

Begünstigtenkreis: Der Steuerzahler im Allgemeinen, die nächste Generation im Speziellen, zahlreiche ArbeitnehmerInnen in Klein- und Mittelbetrieben durch Investition in beschäftigungsintensive Projekte sowie Gemeinden, Land und Bund durch Rückfluss der Steuern und Abgaben sowie Verminderung von Sozialleistungen durch erhöhte Arbeitslosigkeit etc..

Innsbruck, am 20. Juni 2010



¹ „I wünsch ma a, dass ma viel Geld verteilen können, aber wir habens einfach nicht mehr. Und i holts eigentlich für am wenigsten verantwortbar, wenn man Geld ausgibt, des ma nit hat und des dann die jungen Leit in 20, 30 Jahr zruag zahlen miaßn“.

LR Anton Steixner im ORF-Tirol Heute am 16. Juni 2010 in der Sache „nicht mehr finanzierbare Sommer-Schülerfreifahrt“.